

«Es braucht eine gewisse Anzahl an Frauen, als Einzelne wird man nicht gehört»

Von 2013 bis 2017 lag der Frauenanteil im Landtag bei 20 Prozent. Das «Volksblatt» hat mit den fünf Parlamentarierinnen von damals gesprochen. Wie Christine Wohlwend, Violanda Lanter, Judith Oehri, Karin Quaderer und Helen Konzett ihren Weg in die Politik fanden und warum es aus ihrer Sicht die Initiative «HalbeHalbe» braucht.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Sie alle haben es ohne «HalbeHalbe» in den Landtag geschafft. Was glauben Sie, war ausschlaggebend?

Judith Oehri: Ich war vier Jahre Mitglied der Wahlkommission, vier Jahre in der Geschäftsprüfungskommission, wurde dann abgewählt und später dann vier Jahre Gemeinderätin. Es war ein langer Weg bis in den Landtag. Ich habe ein grosses Netzwerk, das schlussendlich ausschlaggebend war. Mit den VU-Stimmen alleine hätte ich es nicht in den Landtag geschafft.

Karin Quaderer: Ich war zuvor schon zehn Jahre im Gemeinderat, ausserdem Schulratspräsidentin. Ich war also politisch aktiv, in den Landtag gewählt wurde ich aber ebenfalls nur dank zusätzlicher Stimmen aus anderen Parteien. Dass ich ein Mandat bekommen habe, liegt an meiner Kompetenz und der guten Arbeit im Gemeinderat, aber auch an meiner Vernetzung. Die Schule verleiht einem eine grosse Sichtbarkeit. Das ist wichtig.

Christine Wohlwend: Laut der Wahlanalyse des Liechtenstein-Institut wäre 2013 keine Frau für die FBP in den Landtag gekommen, wenn mir nicht Wähler aus anderen Lagern eine Stimme gegeben hätten. Ich hatte keine grosse Erwartungshaltung, gewählt zu werden. Vor dem Landtag war ich politisch nicht aktiv und auch nicht gerade der Prototyp für die FBP-Liste. Ich war daher schon überrascht, als man mich für eine Kandidatur angefragt hat. Aber vielleicht hat es ja genau das ausgemacht. Ausserdem hatte ich einen spannenden Werdegang, war beruflich engagiert und kann mich durchsetzen. Speziell war, dass ich dann sogar Fraktionssprecherin wurde.

Helen Konzett: Was schlussendlich ausschlaggebend war, weiss man nie. Aber bemerkenswert ist die Tatsache, dass FL-Wähler mit Sympathiestimmen weit überdurchschnittlich dazu beitrugen, Frauen anderer Parteien in Landtag und Gemeinderäte zu bringen. Ohne diese Stimmen hätten es einige Frauen nicht geschafft und die Bilanz fiel noch schlechter aus. Gleichstellungsanliegen einzubringen und Diskriminierungen zu beseitigen, bleibt ein ehrenwertes, wichtiges politisches Anliegen. Dass die Initianten von «HalbeHalbe» ehrenamtlich Informations- und Sensibilisierungsarbeit leisten, ist für mich angesichts meiner eigenen gesammelten Erfahrungen und Beobachtungen sehr wohltuend.

Violanda Lanter: Ja, die Sympathiestimmen von Wählern aller Couleur waren für die Frauen sehr wichtig. Obwohl ich es auch «nur» mit den VU-Wählerstimmen geschafft hätte, bin ich sicher, dass gerade Frauen auch tatsächlich Frauen gewählt haben. Mein Wahlergebnis mag mit meinem persönlichen und beruflichen Werdegang zusammenhängen. Politisch aktiv wurde ich Ende der

1990er-Jahre mit meiner Wahl in den Ruggeller Gemeinderat - notabene mit zwei Kleinkindern und einem 40-Prozent-Job. Kurz darauf erfolgte die Wahl zur ersten Verwaltungsratspräsidentin der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW), was mich schlagartig in die Öffentlichkeit rückte. Die Jahre als juristische Mitarbeiterin von Klaus Tschütscher ermöglichten mir zudem den Blick in die Exekutive.

Oehri: In Ruggell haben mit Violanda und mir bei den Landtagswahlen 2013 erstmals zwei Frauen kandidiert. Das wurde ständig thematisiert, bei zwei Männern wäre das nicht der Fall gewesen.

Quaderer: Ich bin in Schaan mit zwei starken Männern angetreten. Mir hat man oft vermittelt, dass ich es nicht zu schwernehmen sollte, wenn ich nicht gewählt werde. Ich habe also eigentlich nicht mit einer Wahl gerechnet, wollte aber Flagge für die Frauen zeigen. Am Tag der Wahrheit wurde ein Mann abgewählt und ich kam in den Landtag. Dabei haben mich vor allem die Frauen aus allen Parteien stark unterstützt.

Es schien also schon damals ein Bewusstsein vorhanden zu sein, bewusst Frauen in den Landtag zu wählen - unabhängig von der Farbe. Braucht es also gar keine speziellen Förderungen?

Konzett: Wie schon erwähnt, braucht es weiterhin den Willen, die Gesellschaft in den politischen Gremien ausgewogen abzubilden. Es braucht das Engagement und den Enthusiasmus, Hürden und auch Diskriminierungen abzubauen. Besonders gefällt mir an der Initiative, dass sie geschlechterneutral formuliert ist und damit auf alle Geschlechter und nicht allein auf Frauenförderung abzielt. Es geht um Ausgewogenheit, die bisher noch fehlt. Der vorgeschlagene Verfassungsartikel bietet eine Möglichkeit, wieder neu zu versuchen, Verbesserungen anzustossen.

Lanter: Gerade weil ich mich immer gegen eine Quote ausgesprochen habe, setze ich mich für andere Fördermassnahmen zur Erreichung der Ausgewogenheit ein. Die Quote wäre natürlich das effizienteste Mittel, greift aber in den Wählerwillen ein und ist meines Erachtens rechtlich bedenklich. Ich bezweifle zudem, dass das Bewusstsein, verstärkt Frauen zu wählen, nachhaltig ausgeprägt ist. Spätestens seit den Wahlen 2017 fehlt mir der Glaube daran. Trotz starken Frauenpersönlichkeiten auf allen Listen gab es eine Watsche. Mit gefällt das Wort «Frauenförderung» zudem nicht. Es geht beim Verfassungszusatz nicht um die Förderung der Frauen an sich, sondern um die Förderung einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern in

den politischen Gremien. Es braucht weiterhin Sensibilisierungsmassnahmen und eine aktive Gestaltung von Rahmenbedingungen. In die Politik einzusteigen, mitreden zu wollen und letztlich die Gesellschaft weiterzubringen - dieses Engagement muss in unserer Wohlstandsgesellschaft geweckt werden.

Wohlwend: Zwischen 20 und 35 hatte ich das Gefühl, die Welt steht mir offen. Ich habe eine gute Ausbildung und wurde auch als unabhängige und gleichberechtigte Frau erzogen. Wir alle sind damals ohne spezielle Fördermassnahmen in den Landtag gekommen. Damals hätte ich mich noch gegen eine solche Verfassungsinitiative ausgesprochen. Ich hatte das Gefühl, dass es das nicht braucht. Heute sehe ich es differenzierter. Nicht nur bei den Wahlen, sondern auch in anderen Lebensbereichen hinkt die Gleichstellung noch hinterher. Man sollte unabhängig vom Geschlecht auch denen, die nicht so präsent im Vordergrund stehen, die Möglichkeit geben.

Oehri: Auch ich habe mich früher aktiv gegen solche Massnahmen gestellt - rückblickend ein Fehler. Schon 1992 hat die damalige Abgeordnete Ingrid Hassler-Gerner zur Gleichstellung von Frau und Mann den Wunsch geäussert, dass die Regierung ihre Gremien mit mindestens 40 Prozent Frauen besetzt. Das ist fast 30 Jahre her, und es hat sich nichts geändert. Vor den Wahlen spricht man immer von Massnahmen, aber dazu hätte die Politik lange genug Zeit gehabt.

Quaderer: Vor den Wahlen wird immer geplänkelt. Für mich haben damals die Frauen gekämpft, damit ich überhaupt in den Gemeinderat komme. Sie haben aktiv andere Kandidaten gestrichen. Das kam nicht aufgrund einer Initiative zustande oder wegen eines Massnahmenpakets, das waren die Frauen alleine. Durch die Initiative «HalbeHalbe» haben wir nochmals eine Chance, Massnahmen zu ergreifen. Die Politik hätte einen

klaren Auftrag, wäre dabei aber relativ frei. Der Zusatz besagt ja nur, dass die Ausgewogenheit gefördert werden soll. Von Verfassungsklagen oder ähnlichem habe ich keine Angst, wie von den Gegnern proklamiert wird.

Oehri: Bei «HalbeHalbe» geht es ja auch nicht einfach nur um die Menge der Frauen, sondern was damit verbunden ist. Es braucht aber eine gewisse Anzahl, denn als Einzelne wird man nicht gehört. Frauen können in der Politik etwas bewegen und sich beispielweise für mehr Chancengleichheit und gleichen Lohn einsetzen sowie gegen gläserne Decken, Altersarmut oder Armutgefährdung für Alleinerziehende kämpfen.



Politisieren Frauen denn anders als Männer?

Oehri: Männer sind tendenziell eher wettbewerbsorientiert, Frauen suchen eher nach dem Konsens. Auch der vorherrschende Kommunikationsstil könnte viele Frauen abschrecken.

Lanter: Das kann ich unterschreiben. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass Frauen bei Anfragen für ein politisches Amt oft die Frage stellen, wie denn der Umgang untereinander sei. Von aussen her gesehen wirkt der herrschende Kommunikationsstil offenbar oft abschreckend. Frauen bleiben eher beim Thema, schweifen weniger ab und suchen weniger nach Profilierung als Männer. Ich weiss, das ist jetzt sehr verallgemeinernd, aber keine Regel ohne Ausnahme.

Quaderer: Frauen schaffen es selbst in der Minderheit, Männer von einem gemeinsamen Nenner zu überzeugen. Sie sind konsensbereiter. Beim Thema Schwangerschaftskonflikt zum Beispiel ist es Helen Konzett und Violanda Lanter zu verdanken, dass der kleinste gemeinsame Nenner gefunden wurde.

Wohlwend: Ich sehe es anders. Beim Politisieren kommt es vielmehr auf das Umfeld als das Geschlecht an. Wenn man als Frau oder Mann in einem sozialpädagogischen Umfeld arbeitet, ist man eher konsensorientiert arbeiten gewöhnt. Aber in einem kompetitiven Umfeld wird man ganz anders geformt. Ausserdem sollen Frauen ja nicht im Landtag sein, weil sie vielleicht anders politisieren. Bei der Initiative geht es darum, die Gesellschaft abzubilden, damit der Gesetzgeber alle Bedürfnisse berücksichtigt.

Lanter: Das wäre das Ziel: Wir besetzen die politischen Gremien mit Personen, die unsere Interessen am besten vertreten und uns als kompetent erscheinen, unabhängig vom Geschlecht. Das hat dann auch zur Folge, dass in dem einen Gremium mehr Männer als Frauen vertreten sind und in einem anderen genau umgekehrt. Es freut mich zum Beispiel sehr, dass der fünfköpfige LKW-Verwaltungsrat sich heute aus drei Frauen und zwei Männern zusammensetzt.

Konzett: Ob Frauen und Männer anders politisieren, ist nicht die Frage. Gemischte Teams sind am erfolgreichsten, erbringen die nachhaltigsten Lösungen. Da müssen wir

hin. Und sollte eines Tages das Schreckgespenst einiger Gegner der Initiative eintreten, dass vor lauter Förderung fast nur noch Frauen in öffentlichen Gremien wären, wäre der weitsichtig, weil geschlechterneutrale Verfassungszusatz von «HalbeHalbe» zur Hand, welcher selbstverständlich auch die Förderung der Gleichstellung an sich beinhaltet, um wieder ausgewogenere Gremien anzustreben.

Quaderer: Es braucht auch in den Frauengruppierungen Vielfalt. Es ist von Vorteil, wenn schon in den Rekrutierungsteams Frauen vertreten sind, damit nicht nur Juristinnen aufgestellt werden, weil man sich so höhere Chancen ausrechnet. Jede/r bringt seinen Rucksack und seine Werkzeuge mit - egal, ob Mann oder Frau.

Gerade bei der Rekrutierung wird ja oftmals bemängelt, dass die Frauen nicht wollen. Wie war das bei Ihnen?

Wohlwend: Das glaube ich nicht. Manche Frauen können es sich für den Moment aufgrund ihrer Lebensumstände vielleicht nicht vorstellen. Sie sind einfach nur realistisch. Vielleicht wollen sie sich aber auch nicht exponieren.

Oehri: Es ist nicht so, dass die Frauen nicht wollen. Aber wenn man berufstätig ist und dann noch Kinder hat, wird es schwierig. Wenn man für den Landtag seinen Job aufgeben würde, hätte man wiederum keine soziale Absicherung. Ausserdem kann man mit Job und Kindern nicht noch abends netzwerken. Man ist nicht sichtbar, die Chancen sind viel schlechter. Und als Frau wird man leider immer noch an Äusserlichkeiten gemessen. Die Messlatte ist für Frauen höher. In den vergangenen Jahren waren wirklich viele gute Frauen aufgestellt, wurden aber regelrecht abgeschossen. Dann überlegt man sich schon, ob man sich das antut.

Konzett: Was das Landtagsmandat anbelangt: Da Frauen klug abwägen, bevor sie sich für eine Kandidatur entscheiden, ist das Nicht-Wollen eine rationale Entscheidung: Abgesehen davon, dass das Landtagsmandat einem für eine verhältnismässig geringe Entschädigung ohne soziale Absicherung viel abverlangt, ist die «Gefahr», nicht gewählt zu werden, für Frauen bisher immer höher gewesen als



Von einer ausgewogenen Verteilung von Frauen und Männern kann man im Landtag noch immer nicht sprechen. (Foto: Michael Zanghellini)

für Männer. Also warum sein Herz daran hängen? Ich war nie gewillt, diese offensichtlichen Widrigkeiten zu akzeptieren.

Lanter: «Nicht wollen» ist tatsächlich der falsche Ausdruck. Wieso sollten Frauen auch nicht mitreden wollen? Sie haben mittlerweile einen ebenso prall gefüllten Rucksack an Ausbildung und Lebenserfahrung wie Männer. Was es aber braucht, ist ein grundsätzliches Interesse für politische Zusammenhänge und ein verstärktes Bewusstsein über die Wichtigkeit eines politischen Engagements.

Wo hätten Sie sich damals mehr Unterstützung gewünscht? Was braucht es, um eine ausgewogene Vertretung zu erreichen?

Oehri: Die soziale Absicherung – sprich Pensionskasse – ist ein Punkt. Man muss es sich leisten können, in den Landtag zu gehen. Vielleicht braucht es auch eine Kindertagesstätte. Und man sollte von den Erwartungen wegkommen, dass Abgeordnete überall präsent sein müssen. Das geht mit Familie nicht. Aber auch die Medien sind gefragt, wenn es um die Sichtbarkeit von Frauen geht.

Lanter: Ich persönlich hatte aufgrund meines Werdegangs bereits einigermaßen konkrete Vorstellungen, was so ein Mandat mit sich

bringt – auch dank meiner damaligen «politischen Gotta» Ingrid Hassler-Gerner und anderen politisch aktiven Menschen. Vernetzung, gerade auch unter den Frauen, ist wichtig und bestärkt. Politik kann zudem anhand konkreter Lebensbereiche vermittelt werden.

Wohlwend: In der Debatte um «HalbeHalbe» hört man immer wieder den Vorwurf, es sei zu wenig konkret. Scheinbar ist man sich ja einig, dass es konkrete Massnahmen braucht. Dafür hätte die Politik über 30 Jahre Zeit gehabt, trotzdem sind diese offensichtlich noch nicht genügend vorhanden. Ausserdem soll eine Verfassung keine konkreten Massnahmen enthalten, sondern verbindliche Grundsätze schaffen. Sie gibt die Ziele vor. Bei den konkreten Massnahmen hat man dann einen ganzen Blumenstrauß, den man über Gesetze und Verordnungen regeln kann.

Oehri: Alle sind für Ausgewogenheit, aber sie wehren sich wegen der Verankerung in der Verfassung. Keine der Parteien hat rechtlich prüfen lassen, ob es verfassungskonform ist. Patricia Schiess vom Liechtenstein-Institut hat ausgeführt, es ist kein Problem.

Wohlwend: Patricia Schiess sagt sogar, dass aus rechtlicher Sicht Klarheit geschaffen wird. Denn der Gesetzgeber wird explizit ermächtigt,

konkrete Massnahmen auszuarbeiten.

Quaderer: Man verbaut sich durch den Verfassungszusatz ja auch nichts.

Wohlwend: Ich verstehe die Angst nicht. Selbst wenn sich in fünf Jahren herausstellen würde, dass es zu eng formuliert ist: Man könnte das dann ja auch präzisieren. Die Verfassung gibt unsere Rahmenbedingungen vor und ist wie eine Strategie, die sich auch entwickeln darf.

Konzett: Die Freie Liste unterstützt als einzige Partei «HalbeHalbe» explizit. Die anderen Parteien sind unentschlossen, zweigeteilt oder ablehnend. Ein Quäntchen Mut und ein Blick auf die ungenutzten Ressourcen könnte uns als Gesellschaft doch weiterbringen als dieses Verharren in einem unbefriedigenden Zustand.

Wie erklären Sie sich den Gegenwind?

Oehri: Ich kann nicht nachvollziehen, wovor man Angst hat. Es wird einfach etwas Unwahres behauptet, etwa dass die Initiative nicht verfassungskonform sei oder die Quote durch die Hintertür eingeführt werde. Ich verstehe auch die Frauen nicht, die nicht wollen, dass sie besser vertreten sind und man sich für ihre Rechte einsetzt. Ich frage mich, warum man den Liechtensteinern

immer etwas aufzwingen muss, wenn es um die Rechte der Frauen geht.

Wohlwend: Das grösste Gegenargument ist auch gar nicht die Verfassungsmässigkeit. Das könnte schliesslich nur der Staatsgerichtshof beantworten. Das Hauptproblem ist, dass viele sagen, es sei nicht nötig und eine sinnlose Ergänzung in der Verfassung. Dann wäre aber auch Artikel 31, Absatz 2 eine sinnlose Ergänzung gewesen: Dort heisst es, Mann und Frau sind gleichberechtigt. Dass, obwohl in der Verfassung bereit festgehalten wird, dass alle Landesbürger gleich sind.

Quaderer: Ich bin in der letzten Mandatsperiode abgewählt worden. Das kann «HalbeHalbe» nicht verhindern. Das ist der demokratische Wille. Das war zwar ein Schock, aber das gehört halt auch zum politischen Spiel. Ich musste lernen, damit umzugehen.

Lanter: Dass der Landtag mit 17 Stimmen gegen die Initiative gestimmt hat, war der Sache sicherlich nicht dienlich und animiert nicht dazu, sich selber mit der Sache tiefte auseinanderzusetzen. Gerne wird auch auf die Gemeinderatswahlen 2019 und den – hoffentlich nicht einmaligen – Erfolg der Frauen verwiesen. Jeder trägt aufgrund seiner Prägungen gewisse Werte, Meinungen, aber auch Klischees mit sich. Es ist zudem eine Tatsache, dass Liechtenstein in gesellschaftspolitischen Fragen oft später reagiert als andere Länder.

Konzett: Viele Menschen möchten sich mit der bestehenden Situation nicht abfinden. Die Initianten machen einen konstruktiven Vorschlag, um eine neue Basis, einen neuen Ausgangspunkt für Verbesserungen zu haben.

Das bringt mich zur letzten Frage, warum sollte man für «HalbeHalbe» mit Ja stimmen?

Oehri: Damit wir eine Chance haben, dass mehr Frauen in den Gremien vertreten sind und sich für die Anliegen der Frauen einsetzen können. Dazu braucht es einfach eine bestimmte Anzahl an Frauen, um gehört zu werden. Der Verfassungszusatz verleiht dem Ganzen mehr Gewicht. Es gibt einen Regierungsbeschluss für ausgewogene Vertretung in Gremien, nur hält sich niemand dran. An die Verfassung müssen sich Landtag, Regierung und Gemeinden halten.

Wohlwend: Mir geht es nicht um die Frauen, sondern dass die Gesellschaft adäquat repräsentiert ist. Gesetze betreffen alle, deshalb sollte doch ein repräsentativer Teil der Gesellschaft mitreden können. Ein erster Schritt, um diese Vielfalt herzustellen, offensichtliche Missstände zu lösen und Massnahmen zu setzen, ist die Initiative «HalbeHalbe». Ausgewogenheit ist für mich eigent-

lich das entscheidende Wort. Dagegen hat niemand etwas, also darf das auch in die Verfassung. Der Zusatz ist als Verstärkung gedacht, um mehr Verbindlichkeit zu schaffen. Es ist wie in einem Unternehmen: Wenn man keine Strategie hat, verfolgt man keine langfristigen Ziele, sondern ist im Tagesgeschäft gefangen.

Konzett: Vorhandene Ressourcen bestmöglich zu fördern und zu nutzen, ist doch naheliegend – das macht zum Beispiel auch ein erfolgreiches Unternehmen aus. Es gibt den Mitarbeitenden die Gewissheit, dass ihre Mitarbeit wertvoll ist für das Gesamte. Sie möchten dabei gleiche Chancen. In der Politik scheint es mir ähnlich zu sein. So kann ich auch in der Erwähnung des Fördergedankens in der Verfassung nichts Falsches erkennen. Es scheint mir wichtiger zu sein, die Förderung in der Verfassung zu erwähnen, anstatt lediglich den angestrebten Idealzustand zu nennen.

Quaderer: Es geht um den Auftrag an Liechtenstein, die Gesellschaft auch in allen politischen Gremien abzubilden. Wie, darin ist man frei. Von Zwang kann man also nicht sprechen. Als ich jung war, durfte ich nicht wählen. Weil ich einen «Eingebürgerten» geheiratet habe, wurde ich damals zur Bürgerin zweiten Grades deklariert. Das ist heute nicht mehr so. Wir sind in Sachen Gleichstellung einen weiten Weg gegangen und doch reicht es noch nicht.

Lanter: Als Juristin habe ich mir meine Meinungsbildung nicht leicht gemacht. Gerade die Fragen, ob und wo das an sich berechnete Anliegen platziert werden soll, haben mich beschäftigt. Dies habe ich im Landtag auch kritisch bemängelt. Die Initiative ist auch nicht das effizienteste Mittel, dem Ziel näher zu kommen, da es eben wie erwähnt keine konkrete Verbindlichkeit schafft. Konkrete Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die lenkend beispielsweise im Rahmen des Parteienfinanzierungsgesetzes oder des Gleichstellungsgesetzes eingreifen könnten, werden bewusst dem Gesetzgeber überlassen. Die Klarstellung in der Verfassung hat aber den grossen Vorteil, dass sich der Gesetzgeber bei Bestehen eines offensichtlichen Ungleichgewichts die Frage stellen muss, was er denn zur Behebung dieses Zustandes zu tun gedenkt und dazu auch ermächtigt ist. Mir schwebt gestützt auf die Verfassung eine langfristige Gleichstellungsstrategie vor, an die sich auch nachfolgende Regierungen und Landtage halten können. Das Thema Chancengleichheit bekäme einen ganz anderen Stellenwert, und der Beliebigkeit, mit welcher Fördermassnahmen je nach Gusto der Regierung, daher kommen, könnte Vor-schub geleistet werden.

Unsere Gesprächspartnerinnen



«Ausgewogenheit ist für mich eigentlich das entscheidende Wort. Dagegen hat niemand etwas, also darf das auch in die Verfassung. Der Zusatz ist als Verstärkung gedacht.»

CHRISTINE WOHLWEND
EHEMALIGE ABGEORDNETE



«Auch ich habe mich früher aktiv gegen solche Massnahmen gestellt – rückblickend ein Fehler. (...) Die Politik hätte genug Zeit für Massnahmen gehabt.»

JUDITH OEHRI
EHEMALIGE ABGEORDNETE



«Als ich jung war, durfte ich nicht wählen. (...) Das ist nicht mehr so. Wir sind in Sachen Gleichstellung einen weiten Weg gegangen und doch reicht es noch nicht.»

KARIN QUADERER
EHEMALIGE ABGEORDNETE



«Ich bezweifle, dass das Bewusstsein, verstärkt Frauen zu wählen, nachhaltig ausgeprägt ist. Spätestens seit den Wahlen 2017 fehlt mir der Glaube daran.»

VIOLANDA LANTER
ABGEORDNETE



«Vorhandene Ressourcen bestmöglich zu fördern und zu nutzen, ist doch naheliegend – das macht auch ein erfolgreiches Unternehmen aus.»

HELEN KONZETT
STV. ABGEORDNETE